



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04673**
Datum: 18.12.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Nette, Gernot
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	19.12.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD Stadtratsfraktion zum Beschluss einer Resolution zum UN-Migrationspakt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt sein Befremden über die **Zustimmung** von der Bundesregierung ~~beabsichtigte Zustimmung~~ zum globalen Migrationspakt am 11.12.2018 in Marrakesch.

In Kenntnis der Tatsache, dass bei fortgesetzter ungesteuerter Zuwanderung die Integrationserfolge sinken aber die Belastungen und Aufwendungen für die Aufnahmegesellschaft steigen, ~~fordert~~ sieht der Stadtrat von Halle (Saale) ~~die Bundesregierung auf eine Zementierung der bestehenden Migrationsanreize, aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einzuwandern. von einer Zustimmung zum Global Compact for Migration abzusehen und stattdessen vor den Vereinten Nationen protokollarisch zu erklären, dass die Vereinbarungen in Deutschland nicht bindend sind.~~

Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, von der Umsetzung der Beschlüsse abzusehen.

AfD Stadtratsfraktion

gez. Alexander Raue/ Fraktionsvorsitzender

Darstellung finanzielle Auswirkungen

Für Beschlussvorlagen und Anträge der Fraktionen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Aktivierungspflichtige Investition

☐ ja

☐ nein

Ergebnis Prüfung kostengünstigere Alternative

Folgen bei Ablehnung

A	Haushaltswirksamkeit HH-Jahr ff.	Jahr	Höhe (Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Ergebnisplan	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (gesamt)			
Finanzplan	Einzahlungen (gesamt)			
	Auszahlungen (gesamt)			

B Folgekosten (Stand:		ab Jahr	Höhe (jährlich, Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Aufwand (jährliche Abschreibungen)			

Auswirkungen auf den Stellenplan

☐ ja

☐ nein

Wenn ja, Stellenerweiterung:

Stellenreduzierung:

Familienverträglichkeit:

☐ ja

Gleichstellungsrelevanz:

☐ ja

Begründung

Die Bürger von Halle (Saale) sind eine solidarische, tolerante und hilfsbereite Gemeinschaft. In den vergangenen Jahren haben sie, bislang für unvorstellbar gehaltene finanzielle Zuwendungen geleistet und integrative Zugeständnisse infolge der verordneten Willkommenspolitik akzeptiert.

Doch Solidarität darf nicht grenzenlos eingefordert und vertraglich festgeschrieben werden. Sie ist und bleibt eine freiwillige Leistung.

Halle ist an seiner Belastungsgrenze angelangt. Weitere unregelte Zuwanderung gefährdet den Integrationserfolg mit nicht absehbaren Folgen für unsere Stadt.

Es ist festzustellen, dass die Mehrzahl der in den letzten Jahren nach Deutschland eingewanderten und einwanderungswilligen Menschen auf dauerhafte Transferleistungen der aufnehmenden Gesellschaft angewiesen bleiben wird. Dies wird die Akzeptanz in der Bevölkerung weiter erodieren lassen. Bei Fortsetzung dieser ungebremsten Aufnahmepolitik kulturfremder Menschen in das Sozialsystem, wird dieses nicht nur bis zum finanziellen Kollaps belastet, auch Rechtsstaatlichkeit und öffentliche Sicherheit geraten zunehmend unter Druck. Die bürgerliche Gesellschaft wird letztendlich destabilisiert.

Effekte, wie Parallelgesellschaften, fremdvereinnahmte Stadtviertel wie Berlin Neukölln, Duisburg Marxloh oder Städte in denen wir Deutsche bereits die Minderheit stellen zum Beispiel Offenbach (nur 39,3% dort sind Deutsche und bereits 60,7% der Bevölkerung dort

haben Migrationshintergrund Stand: Dezember 2016, Quelle: Wikipedia), sind Ausdruck einer Entwicklung, die mit der Auflösung des deutschen Volkes in einem multireligiösen Vielvölkerstaat enden wird.

Wir jedoch wollen unsere geliebte Heimat erhalten und diese wohlbehütet an unsere Kinder weitergeben.

Dies erfordert von uns verantwortungsbewusstes und vorausschauendes Handeln mit kalkulierter Gefährdungsanalyse und Risikovorsorge.

Es ist zu erwarten, dass die verpflichtenden Regelungen des UN- Migrationspakts von armen Herkunfts- und Transitstaaten als unverbindlich und nicht finanzierbar ausgelegt werden.

Deutschland hingegen hat für seine Bevölkerung hohe Versorgungsleistungen eingeführt, die weltweit bekannt, rechtlich verbindlich und in ihrem Umfang einzigartig sind. In Kombination mit dem erheblichen globalen Wohlstandsgefälle resultieren daraus gewaltige Anziehungskräfte, die neue Migrationsbereitschaft bei Millionen Menschen erzeugen werden. Diese Migrationsbereitschaft wird unter Berufung auf die Verpflichtungen im Migrationspakt vor allem Deutschland zum Ziel haben.

Anlagen:

Wortlaut des UN Migrationspaktes deutsch / englisch